

IN KÜRZE

Helferstammtisch

Seit kurzem gibt es einen Stammtisch für Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfer im Bielefelder Westen. Das offene Treffen richtet sich an alle, die in und um den Bielefelder Westen aktiv sind oder aktiv werden wollen. Es werden Informationen zur Flüchtlingshilfe ausgetauscht und Erfahrungen geteilt. Wer Ideen hat oder schon aktiv ist und Unterstützung sucht, findet hier Gesprächspartner und Gleichgesinnte. Ein bunter Mix von Menschen aus unterschiedlichen Projekten mit dem gemeinsamen Ziel: Verständnis und Integration untereinander und füreinander zu fördern.

Der »Flüchtlingshilfe-Stammtisch-West« trifft sich 14-tägig jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19:30 Uhr in der Bürgerwache.

Gastfamilien gesucht

Das Welthaus sucht ab August Gastfamilien für 15 junge Menschen aus Ecuador, El Salvador, Mexiko, Mosambik, Nicaragua, Peru und Südafrika.

Im Rahmen des Süd-Nord Programms werden die Jugendlichen einen einjährigen Freiwilligendienst in verschiedenen sozialen und ökologischen Bereichen absolvieren.

Gesucht werden Gastfamilien, die interkulturellen Austausch erleben und einen Teil ihres Alltags mit ihnen teilen möchten.

Kontakt über das Welthaus unter: 0521.986 48 44.

Klage gegen Freihandel

Der Bielefelder Jurist Andreas Fisahn bereitet eine Massenklage gegen das Freihandelsabkommen mit Kanada beim Bundesverfassungsgericht vor. Hintergründe von Ulrich Zucht



FOTO: STOP TTIP

»Der CETA-Vertrag schafft eine Nebenverfassung«, begründet Jura-Professor Fisahn in einem Interview mit der »Neuen Westfälischen« seine Klage. »Das halte ich für ein demokratisches Problem, weil der Gesetzgeber mit der Schere im Kopf arbeiten muss, und für ein rechtsstaatliches, weil man ein einheitliches Recht hat.«

Die Europäische Union verhandelt seit geraumer Zeit und weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit Kanada und den USA über ein Freihandelsabkommen. Das Abkommen mit Kanada – kurz CETA – liegt bereits als 1.600-seitiger Entwurf vor. CETA gilt als Blaupause für das TTIP-Abkommen mit den USA. Gegen diese geplanten Freihandelsver-

träge gibt es in den betroffenen Ländern vehemente Kritik. In Deutschland gilt die Musiklehrerin Marianne Grimmenstein aus Ländenscheid als eine der Wortführerinnen. Schon 2014 hatte sie beim Bundesverfassungsgericht eine eigene, selbstformulierte Verfassungsbeschwerde gegen CETA eingereicht. Das Gericht wies die Klage allerdings ab. Grimmenstein suchte deshalb einen erfahrenen Juristen, der eine Verfassungsbeschwerde schreibt, die den Karlsruher Ansprüchen gerecht wird. Und fand die Unterstützung beim Bielefelder Professor für öffentliches Recht, Andreas Fisahn. Die zwei bereiten nun mit Unterstützung der Petitions-Plattform »change.org« eine Mammut-Bürgerklage vor.

Der erfahrene Jurist Fisahn – selbst Kritiker der geplanten Freihandelsabkommen (siehe Interview in Viertel, Nr. 25 // Juli / August 2014) – wird die Verfassungsbeschwerde zunächst nur gegen das CETA-Abkommen mit Kanada richten, weil dieses schon ausverhandelt ist.

Fisahn hält individuelle Klagen gegen CETA für zulässig, da durch die Abkommen das Wahlrecht eingeschränkt wird. Artikel 38 des Grundgesetzes garantiert die Teilhabe an Parlamentswahlen, die nicht dadurch ins Leere laufen dürften, dass die Entscheidungen an ganz anderen Orten fallen. Daher will er nicht nur die CETA-Bestimmungen zum Investorenschutz sowie den privaten Schiedsgerichten angreifen, sondern auch mutmaßliche Verletzungen der grundgesetzlich verbrieften Staatsziele Umweltschutz, Sozialstaatsprinzip und kommunale Selbstverwaltung einklagen.

Umstritten ist noch, ob der Bundestag dem Abkommen zustimmen muss, wie etwa die Bundesregierung meint, oder ob allein Beschlüsse der EU-Gremien – Ministerrat und Europäisches Parlament – genügen. In letzteren Fall müsste Karlsruhe sehr schnell entscheiden. Darauf haben sich die Kritiker der Freihandelsabkommen bereits vorbereitet. Weit über 50.000 Menschen haben sich der Bürgerklage gegen CETA angeschlossen und über 170.000 Bundesbürger unterstützen die Petition von Marianne Grimmenstein. Die gesammelten Unterschriften sollen dem Bundesverfassungsgericht übergeben werden, wenn die Klage eingereicht ist.

Alt gegen Neu

Die Stadt lässt eine Immobilie im Bielefelder Osten verfallen. Von Rouven Ridder



FOTO: PRIVAT

Mitte März wurde mit einer kurzfristigen Hausbesetzung und Entrümpelung auf die Zerstörung von billigem Wohnraum durch die Stadt Bielefeld aufmerksam gemacht. Über 100 Jahre ist das Gebäude mit dem kleinen Türmchen in der Petristraße 2 im Osten der Stadt. Die Immobilie ist in städtischem Besitz und beherbergt mittlerweile nur noch zwei Mieter. Die Stadt hält das Gebäude für baufällig. Sie will es abreißen und dort neue Sozialwohnungen errichten. Oder das Grundstück meistbietend veräußern, wie die Besetzer von der »Bielefelder Initiative für sozialökologische Stadtentwicklung« (BISS) vermuten.

Günstiger Wohnraum ist rar in Bielefeld. Doch die Stadt hat die Förderung des sozialen Wohnungsbaus lange Zeit verschlafen. Erst mit der Flüchtlingskrise und den vielen Neankömmlingen ist sie aufgewacht. Nun wird nach leerstehenden Wohnungen und Grundstücken gesucht. So geriet auch das alte, stadtteilprägende Gebäude in der Petristraße ins Visier.

Alte Häuser für marode zu erklären, um sie dann dem Erdboden gleich zu machen, erinnert manche an die 1970er und 80er Jahre. Weite Teile der Gründerzeitbauten im Bielefelder Westen würden nicht mehr stehen, wenn es damals keinen Protest gegeben hätte. Christian Presch war seinerzeit ganz vorne mit dabei und er ist es heute wieder. Als Aktivist für die »BISS«.

Die »BISS« engagiert sich eigentlich für eine sozialverträgliche Umnutzung der britischen Kasernen nach dem Abzug der Streitkräfte. Als man dort aber von dem geplanten Abriss des Hauses in der Petristraße hörte, wurde schnell eine Protestaktion geplant. Es sei kaum zu glauben, »dass die Stadt ein Wohnhaus besitzt, es entmietet und unbewohnbar

macht«, so die Initiative. Sie lastet dem Immobilien Servicebetrieb (ISB) der Stadt an, dass alle Maßnahmen, die von Anwohnern und Nachbarn geschildert wurden, wie eine gezielte Entmietung wirken. Laut deren Schreiben an den Oberbürgermeister gab es »gezielte und fachmännische Durchtrennungen von Leitungen«. Diese wurden, so die Auskunft der Hausbewohner, im Auftrag des ISB von Handwerkern vorgenommen.

Das Haus sei, nach Überzeugung der Initiative, mit wenig Aufwand kurzfristig wieder bewohnbar zu machen. Auch die Neubaupläne irritieren. »In der gesamten bisherigen Diskussion um mögliche Flächen für sozialen Wohnungsbau spielte dieses Gelände bisher keine Rolle. Deshalb erstaunt die nun erstmals geäußerte mögliche soziale Bindung der Grundstücke«, wundert sich Christian Presch.

Für die »BISS« stellt sich deshalb die Frage, ob nicht auch unter Einbeziehung und Erhaltung des stadtteilprägenden Gebäudes sozialer Wohnraum verwirklicht werden kann. Das ist zumindest Wunsch vieler Anwohner des Stadtteils.

Anzeigen

SUTJE

am Siegfriedplatz
Di.- Sa. 10-19(22) Uhr

Leben gestalten

Biete im Rahmen meiner Ausbildung beim ILK Bielefeld kostenlos Einzel- und Paarberatung an. Dirk Wittke Dipl. Pädagoge, Theaterpädagoge
Kontakt: dirwit@web.de

Mit Leib und Seele

Körperorientierte Psychotherapie

Petra Dutz Psychotherapie (HPG)
Kiepenweg 14
33609 Bielefeld
0521 987 5967
www.kbt-bielefeld.de

leicht, flexibel, unabhängig

cambio
CarSharing

Tel. 0521-633 33 | www.cambio-CarSharing.de

golblog

www.golblog.de

Das Magazin für Texte/Fotos/Grafik/Kunst

AJZ

Druck & Verlag GmbH
33607 Bielefeld • Heeper Str. 132

Bücher • Plakate • Broschüren • Briefpapier
Flyer • Visitenkarten • Belichtungen

ajzdruck@t-online.de
www.ajzdruck.de

0521-177239